

**Kleine Anfrage** der Fraktion der CDU**Wie läuft es beim Bremer Kampfmittelräumdienst?**

Der Kampfmittelräumdienst ist beim Senator für Inneres angesiedelt. Er kommt in einer Vielzahl von Fällen zur Beseitigung und Bergung von Kampfmitteln zum Einsatz. Im öffentlichen Bewusstsein mögen Bombenangriffe und Kriegsbelastungen lange zurückliegen und beinahe in Vergessenheit geraten. Für die Mitarbeiter des Kampfmittelräumdienstes sind die damit verbundenen Gefahren jedoch auch heute noch allgegenwärtig und Teil ihrer täglichen gefährlichen und herausfordernden Arbeit, der viel zu wenig und zu selten öffentliche Beachtung und Wertschätzung zu Teil wird. Die Vermutung, dass die Kampfmittel nach Jahrzehnten ungefährlich geworden wären, ist ein Irrglaube. Häufig im Gegenteil: Durch Witterungseinflüsse, Bewegung, chemische Zersetzung, Korrosion oder Deformierungen infolge (unbeabsichtigten) physischen Einwirkens wird die Empfindlichkeit und Gefahr von und durch Kampfmittel eher höher.

Kampfmittel sind nach Definition laut Gesetz gewahrsamslos gewordene Gegenstände militärischer Herkunft oder Teile solcher Gegenstände, die Explosivstoffe enthalten oder aus Explosivstoffen bestehen, insbesondere Gewehrpatronen, Granaten, Bomben, Zünder, Minen, Spreng- und Zündmittel. Derartige militärische Sprengstoffe können nahezu unbegrenzt in ihrer Wirkung bleiben. Gefahren bestehen aber nicht nur durch die Explosivität vieler Kampfmittel im Schwerpunkt aus dem zweiten, aber auch noch aus dem ersten Weltkrieg, sondern auch durch Giftigkeit und Gefährlichkeit für Umwelt, Natur und Schifffahrt insbesondere in Flüssen oder auch in den Meeren vor den Küsten Deutschlands.

Regelmäßig werden in Bremen und Bremerhaven Bomben oder andere Sprengmittel gefunden, die dann vom Kampfmittelräumdienst beseitigt werden müssen. Dies zieht auch Konsequenzen für die Bevölkerung nach sich, da häufig Wohnungen zeitweise geräumt werden müssen. Bei der Planung und dem Bau zum Beispiel von Eigenheimen müssen die Grundstücke auf eigene Kosten auf mögliche Sprengstoffe im Boden durchsucht werden. Auch die Präventionsarbeit zur Sensibilisierung der Bürger bei Munitionsfunden oder zur gezielten Suche nach mutmaßlich vorhandenen Kampfmitteln gehören zu den Aufgaben des Kampfmittelräumdienstes.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie ist der Kampfmittelräumdienst in Bremen und Bremerhaven organisiert?
  - a) Wie viele Mitarbeiter sind derzeit beim Kampfmittelräumdienst in Bremen und Bremerhaven tätig?
  - b) Wie hat sich der Personalkörper in den letzten fünf Jahren in beiden Kommunen entwickelt?

- c) Wie gestaltet sich die Mitarbeitergewinnung? Aus welchen Bereichen wird der Nachwuchs generiert beziehungsweise wie und wo werden sie ausgebildet?
  - d) Wie viele Einsätze gibt es circa jährlich?
- 2. Wie viele Kampfmittel wurden in den letzten zehn Jahren im Land Bremen (aufgeteilt nach Bremen und Bremerhaven) jährlich gefunden? Welcher Art waren diese Kampfmittel, und wie viele wurden durch Zufall oder durch gezielte Suche aufgrund von Hinweisen gefunden?
- 3. Wie viele dieser gefundenen Kampfmittel wären noch einsatzfähig gewesen und hätten gegebenenfalls zu Explosionen führen können?
  - a) Von welchen Kampfmitteln geht nach Einschätzung des Senates aktuell die größte Gefahr aus?
  - b) Welche regionalen Gefahrenorte lassen sich in Bremen und Bremerhaven im Besonderen ausmachen?
- 4. Wie ist der Kampfmittelräumdienst in anderen Bundesländern organisiert?
  - a) Wo ist dieser in anderen Bundesländern angesiedelt?
  - b) Inwieweit gibt es Überlegungen, die Zusammenarbeit der Kampfmittelräumdienste organisatorisch und/oder strukturell zu verändern?
- 5. Inwieweit gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern beispielsweise wenn Kampfmittel entlang der Landesgrenze gefunden werden?
  - a) Welche Zusammenarbeit gibt es insbesondere seitens Bremen mit Niedersachsen?
  - b) Welchen Austausch gibt es hinsichtlich der gemeinsamen Arbeit, aber auch zur gemeinsamen Weiterqualifizierung und zum Erfahrungsaustausch?
- 6. Wie ist der Bremer Kampfmittelräumdienst materiell ausgestattet?
  - a) Inwieweit gibt es Defizite beziehungsweise welche Gerätschaften müssen gegebenenfalls von Kampfmittelräumdiensten anderer Bundesländer geliehen werden?
  - b) Welche Ergänzungen sind gegebenenfalls beabsichtigt?
- 7. Inwieweit liegen dem Senat Erkenntnisse bezüglich Kampfmitteln im Land Bremen aufgrund von Luftbildauswertungen vor?
  - a) Inwieweit sind die für das Land Bremen verfügbaren Luftbilder ausgewertet?
  - b) Welche anderen Mittel zum präventiven Auffinden von Kampfmitteln werden eingesetzt, und inwieweit kann moderne Luftbildaufklärung (zum Beispiel auch durch Drohnen) dazu beitragen?
  - c) Welche länderübergreifende Zusammenarbeit gibt es in diesem Bereich?
- 8. Wie häufig gab es in den vergangenen zehn Jahren Verletzungen im Rahmen von Einsätzen des Bremer Kampfmittelräumdienstes und welche Verletzungen gab es konkret?
  - a) Welche anderen Zwischenfälle gab es durch Kampfmittel mit tatsächlichen oder potenziellen Gefahren für Menschen, Umwelt oder Sachen?
  - b) Inwieweit sieht der Senat noch Verbesserungsbedarf bei Evakuierungen?

9. Wie viele Kampfmittel vermutet der Senat im Land Bremen noch in etwa, und wie lange wird es voraussichtlich dauern bis alle Kampfmittel im Land Bremen beseitigt sind?
10. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Kampfmittel in Gewässern im Land Bremen beispielsweise in der Nordsee?
  - a) Welche Probleme gibt es im Zusammenhang mit der Räumung in Gewässern?
  - b) Inwieweit sind die notwendigen materiellen Mittel zur Räumung in Gewässern vorhanden?
  - c) Welche Rolle spielt der Bremer Kampfmittelräumdienst grundsätzlich bei der Räumung von Kampfmitteln in regionalen Gewässern und Hafenbereichen?
  - d) Welche Gefahren gehen von den Kampfmitteln in Gewässern aus (Umweltverschmutzung, Explosionen in der Nähe von Menschen, Beeinträchtigung von Schifffahrt oder zum Beispiel auch Fischfang et cetera)?
11. Wer ist für die Kampfmittelbeseitigung in Gewässern (küstennahe Meeresflächen, See- und Schifffahrtswege et cetera) zuständig und wer finanziert sie gegebenenfalls?
  - a) Wie ist die Arbeit hinsichtlich Prävention insbesondere mit Blick auf die besondere Situation durch wahrscheinlich auch vorhandene Giftgaskampfmittel zu beurteilen und wer finanziert diese?
  - b) Welche Auffassungen hat der Senat zur diesbezüglichen Zusammenarbeit der betroffenen Bundesländer und deren Zusammenarbeit gegenüber dem Bund?
  - c) Welche Entwicklungen der Kosten sieht der Senat und wer wird sie zu tragen haben (Bund, Länder oder auch Mischfinanzierungen verschiedener Gemeinwesen)?
  - d) Welche Veränderungsnotwendigkeiten sind nach Meinung des Senates in der Organisation der Kampfmittelbeseitigung und/oder der Zuständigkeit notwendig?
12. Welche Möglichkeiten, zum Beispiel durch einen jährlichen und der Öffentlichkeit vorzustellenden Bericht, sieht der Senat, um die unverzichtbare, hochqualifizierte und gefährliche Arbeit der „Kampfmittelräumer“ mehr und unabhängiger von Aktualitäten ins Licht der Allgemeinheit zu bringen und mehr als bisher wertzuschätzen?

Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und  
Fraktion der CDU